

Heinrich Jüstel
Stadtrat

Telefon: 0931 373607
Fax: 0931 373653

kontakt@spd-fraktion-wuerzburg.de
www.spd-fraktion-wuerzburg.de

An den
Oberbürgermeister der Stadt Würzburg
Herr Christian Schuchardt
Rathaus
97070 Würzburg

Würzburg, 29.10.2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit stelle ich, auch im Namen der SPD-Stadtratsfraktion folgenden **Antrag**:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung stellt ein Konzept für die Anbindung der drei geplanten neuen Baugebiete in Lengfeld an den ÖPNV vor.

Begründung:

Der Zeitplan wurde im September im UPA beschlossen: Zuerst wird Lengfeld „22A“ bebaut, danach werden die Baugebiete „Lengfeld 22B“ und „Lengfeld 37“ umgesetzt. Das eingeholte Verkehrsgutachten geht von täglich etwa 4500 zusätzlichen Pkw-Fahrten in Lengfeld aus, die durch die Siedlungserweiterung generiert werden. Das Verkehrsgutachten WVI Prof. Warmuth widmet sich in seinem Gutachten vom April diesen Jahres auf Seite 87 gerade mal in 3 Absätzen zur Anbindung der 3 neuen Lengfelder Baugebiete „Lengfeld 22A“, „Lengfeld 22B“ und „Lengfeld 37“ an den ÖPNV:

„Insbesondere Familiengründer, die in der Regel in solche Wohngebiete ziehen, steigen beim Umzug von der Stadt in die Randlagen oft auch auf den Pkw um. Dem kann durch eine bessere ÖPNV-Anbindung des Stadtteils frühzeitig begegnet werden, indem auch die Neubaugebiete vom ÖV erschlossen werden.

Das neue Wohngebiet Carl-Orff-Straße sollte zukünftig vom ÖPNV durchfahren und mindestens über eine eigene Haltestelle angebunden werden. Dies sollte die Buslinie 34 übernehmen. Es sollte generell eine Busliniendirektverbindung zwischen dem

Würzburger Ortsteil Versbach, Lengfeld und den östlichen Gewerbegebieten entstehen. Entlang der Straße Am Handelshof sollte für das Wohngebiet Lengfeld Nord – Abschnitt B eine zusätzliche Haltestelle mit entsprechender Zuwegung und Querungsstelle für Fußgänger entstehen. Durch eine bessere ÖPNV- und Radverkehrsanbindung kann von mindestens 5 % weniger Neuverkehr in den neuen Wohngebieten ausgegangen werden. Auch Möglichkeiten zu CarSharing in den Neubaugebieten sollte geprüft werden.“

Unabhängig davon, dass der Stadtrat auf meinen Antrag bereits vor Jahren ohnehin beschlossen hat, dass in jedem Bebauungsplan zwingend die Anbindung des Baugebiets an den ÖPNV gesichert sein muss, bedarf eine Siedlungserweiterung in dem genannten Ausmaß eines ÖPNV-Konzepts. Das ist nicht nur eine Erschließungsmaßnahme für BürgerInnen ohne eigenes Auto, sondern dient der Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Eine Behandlung der ÖPNV-Anbindung lediglich als Anhängsel der Verkehrsplanung wird seiner Bedeutung nicht gerecht.

Heinrich Jüstel
Stadtrat